

Abonnement 65 Pf., monatlich 2,00 M. ...

Der 'Vorwärts' erscheint wochentags ...

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Freitag 18. Oktober 1929 Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die ständige Korrespondenz ...

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37556. — Bankkonto: Bank für Arbeiter, Angestellte und Beamte, Wallstr. 66.

Die Republik macht ernst.

Regierungsrat vom Dienst suspendiert. — Disziplinarverfahren eingeleitet.

Regierungsrat Bierbach bei der Regierung in Düsseldorf ist — wie der 'Soz. Pressedienst' erfährt — vom Amte suspendiert worden, weil er einen von Gemeinheitsen stehenden Aufruf zur Teilnahme an dem Volksbegehren unterzeichnet hat.

Die Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten im Landtag über die Auffassung des preussischen Kabinetts hinsichtlich der Teilnahme der Beamten am Volksbegehren und die Stellungnahme des Reichsinnenministers zu dieser Frage sind vom preussischen Innenminister inzwischen allen nachgeordneten Behörden nochmals schriftlich übermittelt worden.

Die übrigen preussischen Minister werden ähnlich verfahren und die ihnen nachgeordneten Behörden ebenfalls zur Weidung der pflichtwidrigen Beamten auffordern.

Die richtige Antwort.

Der Reichsausschuss für das Inflationsbegehren hat auch am Donnerstag wieder ein halbes Duzend Erklärungen herausgegeben und, wie in den vorausgegangenen Tagen, Briefe an die Ministerien gerichtet.

Am übrigen lehne ich es ab, weiterhin auf Eingaben von Ihrer Seite zu antworten, soweit deren überheblicher Ton der im Geschäftsverkehr mit Behörden üblichen Gepflogenheit sachlicher Erörterung widerspricht.

Der Aachener Regierungspräsident über Volksbegehren und Beamtenpflicht.

Aachen, 17. Oktober.

In einer Besprechung mit den Landräten und den Oberbürgermeistern des Regierungsbezirks wies Regierungspräsident Stiller auf die wirtschaftliche Notlage hin, unter deren Aus-

nutzung die radikale Opposition gedeihe und die Verheerung ihre Früchte zeitige. Was die radikale Opposition in den letzten Monaten an Beschimpfungen und Beleidigungen des Staats und seiner führenden Männer geleistet habe, sei kaum noch zu überbieten.

Gegen die Hafenzustellung.

Auflösung einer nationalsozialistischen Versammlung.

Freiburg i. Br., 17. Oktober.

Gestern Abend wurde eine nationalsozialistische Versammlung polizeilich aufgelöst, da sich der Redner, Reichstagsabgeordneter Dreher, in maßlos beschimpfenden und aufreizenden Äußerungen gegen den Staat und einzelne Bevölkerungsklassen erging.

Hafenzustellung verhaftet.

München, 17. Oktober. (Eigenbericht.)

In Koburg wurde laut Mitteilung des 'Völkischen Beobachters' der nationalsozialistische Lehrer Dietrich, früher Reichstagsabgeordneter und verantwortlicher Redakteur eines Revolverblättern der Hafenzustellung, von auswärtigen Kriminalbeamten verhaftet und abtransportiert.

Kommunale Finanzpolitik.

Von Bruno Asch, Stadtkämmerer in Frankfurt a. M.

Die deutschen Gemeinden befinden sich in schwerer finanzieller Not. Die ungünstige Wirtschaftslage schmälert ihre Einnahmen, aber sie führt gleichzeitig zu ständiger erheblicher Steigerung ihrer Ausgaben.

Droht die Flut der sozialpolitischen Erfordernisse jeden noch so sorgfältig aufgestellten Voranschlag unzuwerfen, so bereitet uns das Problem der großstädtischen Verkehrsverhältnisse kaum geringere finanzielle Sorgen.

Die Lage des Kapitalmarktes ist seit Jahr und Tag schwierig. Die Beschaffung der für die dringlichsten Aufgaben erforderlichen Mittel ist kaum möglich.

Greift man aus der Fülle gegenwärtiger kommunaler Finanzsorgen einiges heraus, so gewinnt auch der Außenstehende ein Bild unserer Lage.

Die Arbeiterklasse hat ein besonderes stärkstes Interesse an der Entwicklung der örtlichen Gemeinwesen, insbesondere der großen Städte.

Die Erschütterung der kommunalen Finanzkraft, die in diesem Jahre sich bereits in ihren Wirkungen deutlich zeigt und zweifellos in der allernächsten Zukunft noch stärker in Erscheinung treten wird, berührt daher die arbeitende und minderbemittelte Bevölkerung in entscheidendster Weise.

Man hat in den letzten Jahren die Signale, die hier und dort aufstauten und den Ernst der Lage kennzeichneten, nicht beachtet, sondern sich gern, an vereinzelte Mißstände an einzelnen Orten anknüpfend, gegen die Gemeindefinanzwirtschaft gewandt.

Die Steigerung der Realsteuern und der Werttarife, die in den letzten Jahren ein überaus unerfreuliches Mittel der kommunalen Finanzverwaltung zum Haushaltsausgleich gewesen ist, ist wirtschaftlich kaum noch vertretbar und politisch fast überall undurchführbar.

Landtagsdebatte beendet.

Abstimmung über das deutschnationale Mißtrauensvotum am Mittwoch.

Der Landtag beendete gestern die Beratung über die deutschnationalen Agitationsanträge.

Der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion Eng-Barmen legte dem Hause eine Fülle von Beweismaterial vor, aus dem hervorging, daß die Stahlhelmorganisation zweifellos auf dem Grundsatze der Gewalt gegen die Republik aufgebaut ist.

Die Abstimmung über das Mißtrauensvotum findet am nächsten Mittwoch statt. Der von den Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei beantragte Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der politischen Seite der Klare Angelegenheit wurde dem Vorschlag des Ältestenrats entsprechend auf 29 Mitglieder festgesetzt.

Der Kurs der Volkspartei.

Die Rechtsströme am Werk.

Am 4. November tritt in Berlin der Industrie- und Handelsausschuss der Deutschen Volkspartei zusammen. Während der vorkparteiliche Parteitag und andere schon seit Monaten anberaumte Tagungen der Deutschen Volkspartei mit Rücksicht auf den Tod ihres Führers abgelehnt wurden, konnte der Industrie- und Handelsausschuss gewissen Persönlichkeiten nicht schnell genug zusammenberufen werden.

Auseinandersetzungen der Koalitionsparteien des Reichstags mit der Fraktion der Volkspartei über die Arbeitslosenversicherung nicht zweifelhaft sein.

Innenpolitisch werden wir deshalb wahrscheinlich in eine Zeit fortgesetzter Krisen hineinsteuern.

Sanierung des englischen Bergbaues.

Arbeitszeit ab 1. Januar 7 1/2 Stunden.

London, 17. Oktober.

Die Regierung hat ein Programm aufgestellt, das in der Hauptsache folgt:

Die Grubenbesitzer haben ein Verkaufssystem ausgearbeitet und der Regierung vorgelegt, das nach der Zustimmung durch die Vertreter der Verbraucher und die Bergarbeiter im Januar 1930 eingeführt werden soll.

In der Frage der Verkürzung der achtstündigen Arbeitszeit ist man übereingekommen, die Arbeitszeit zunächst auf 7 1/2 Stunden ab 1. Januar herabzusetzen, da nach Ansicht der Regierung eine Herabsetzung um eine volle Stunde schwere Folgen für die englische Bergwerksindustrie nach sich ziehen würde.

Die jetzt bestehenden Lohnsätze sollen trotz der verkürzten Arbeitszeit in Kraft bleiben. Die Löhne der Stückerbeiter sollen um 6 Proz. erhöht werden.

Von der Regierung werden Schritte unternommen, um den Abschluß eines nationalen Lohnabkommens zwischen den Bergwerksbesitzern und den Bergarbeitergewerkschaften zu ermöglichen.

In der Frage der Unterstützung älterer Bergarbeiter wird die Regierung das Pensionswesen weiter ausbauen und später ein Gesetz einbringen, in dem ein Mindestlohn für Bergarbeiter festgesetzt werden soll.



# Auslandsanleihe und Monopol

Meldung über ein deutsches Telephonmonopol.

Aus Frankreich kommt eine kurze, aus besonderen Gründen von der deutschen Öffentlichkeit nicht zu übersehende Meldung. Die „Agence Economique et Financière“, die wichtigste französische Wirtschafts- und Finanzzeitschrift, meldet ohne nähere Angaben, daß eine englisch-amerikanische Bankengruppe dem Reich eine Anleihe angeboten hat mit dem Ansinnen, dieser Bankengruppe die Ausnutzung eines Telephonmonopols zu übertragen. Eine Nachprüfung dieser Meldung war uns nicht möglich.

Wir sind nicht geneigt, trotz der Ernsthaftigkeit der Quelle, diese Nachricht zu überschätzen. Aber folgendes ist zu bedenken: Vor wenigen Tagen ist unter der Führung der International Telephone and Telegraph Corporation und der AEG, ein Telephonbauverein gegründet worden, was zu der vielbeachteten scharfen Kontroverse zwischen der AEG und Herrn C. F. von Siemens geführt hat. Wäre das genannte Angebot gemacht worden, so läge nach Kapitalkraft und Leistung für die Beherrschung eines deutschen Telephonmonopols nur die Gruppe der International Telephone and Telegraph Corporation in Frage. In Deutschland wäre ein Telephonmonopol nur möglich durch Herauslösung des Telephonbetriebes aus der öffentlichen Reichspost und durch dessen Privatisierung. Die Deutsche Reichspost ist der ausschlaggebende Kunde für die deutsche Schwachstromindustrie. Es ist anzusehen, daß die öffentliche Meinung des Reiches und aller öffentlichen Betriebe in Deutschland nicht von der Hand zu weisen, daß die große hinter dem neuen deutschen Telephonbauverein zusammengehaltene ausländische Kapitalmacht durchaus ernsthaft mit dem Gedanken spielen kann, die allgemeine öffentliche Kapitalnot zu einem Anleiheangebot an das Reich auszunutzen, deren Gegenleistung ein Telephonmonopol wäre. Diese Möglichkeit liegt um so näher, als der unbefristete Privatisierungswille der organisierten Unternehmer Deutschlands die öffentliche Kapitalnot bemüht zu verstärken bemüht, um die öffentliche Wirtschaft zu erobern, und daß der Privatisierungswille des deutschen Privatkapitals durch die Verstärkung der öffentlichen Finanznot auch die Angriffskraft des ausländischen Kapitals auf die deutsche öffentliche Wirtschaft erhöht. Beweise liegen vor, daß das Auslandskapital, nachdem in früheren Jahren die besten und billigsten Anleihechancen Deutschlands durch die Politik der Beratungsstellen veräußert worden sind, heute Kapitalanlagen in Deutschland mit dem Ziel der Industriebeherrschung sucht. Herr Dr. Rehl hat in Düsseldorf gezeigt, daß das deutsche Bankkapital dazu den Weg zu weisen bereit ist.

So muß die Meldung der „Agence Economique et Financière“, auch wenn sie heute noch falsch wäre, in hohem Maße beunruhigend wirken! Es ist notwendig, daß die zuständigen öffentlichen Stellen klipp und klar erklären, ob sie von einem ähnlichen Angebot jemals gehört haben. Es ist weiter notwendig, daß Regierungen und Öffentlichkeit mit gespanntester Aufmerksamkeit besonders die Entwicklung in der Elektroindustrie und der öffentlichen Kraftversorgung verfolgen, denn hier drohen zunächst die ernstesten Gefahren. Es muß auch erwogen werden, inwiefern die wirtschaftspolitischen Konsequenzen des Kreuger-Angebots die Tendenzen zur Beschränkung der wirtschaftspolitischen Autonomie Deutschlands zu verstärken geeignet sind, besonders auf dem Gebiet der öffentlichen Wirtschaft.

## Die Liste der Inflationsfreunde.

Die gestrigen Einzeichnungen für das Hugenberg-Begehren.

Am Donnerstag zeichnen sich für das Hugenbergische Inflationsbegehren ein:

Verwaltungsbezirk Lietzgarten	1669	(am Mittwoch 1878)
Bedding	627	(„ „ 749)
Brenzlauer Berg	1035	(„ „ 1238)
Friedrichshain	720	(„ „ 814)
Kreuzberg	1562	(„ „ 1751)
Reutollen	605	(„ „ 690)

In diesen Bezirken sind die Eintragungen gegenüber dem Vortage erheblich zurückgegangen.

Der Pressedienst des Hugenberg-Ausschusses verbreitete gestern zur Stimmungsmache eine Meldung, daß das Ergebnis des ersten Einzeichnungstages sehr günstig sei. Soweit Zahlen aus dem Reich vorliegen, sind sie köstlich. Es trugen sich ein: Hamburg 1650, Altona 256, Frankfurt a. M. 620, Leipzig 797.

## Das Stimmvieh.

In der Presse, die für das Inflationsbegehren agitiert, wird seit einigen Tagen dauernd Klage geführt über angebliche Sabotage dieser Aktion durch die Behörden, namentlich durch den Berliner Magistrat. In einer Zuschrift an die „Kreuz-Zeitung“ wird zunächst darüber Klage geführt, daß die Bekanntmachungen über die Eintragungstafeln zu hoch an den Sitzsäulen angebracht sind, so daß der kleine Druck nicht zu lesen sei.

Der zweite Punkt dieser Beschwerde lautet:

Die Bekanntmachungen für das Volksbegehren sind oft über den Bekanntmachungen für die Kommunalwahl am 17. November 1929 angebracht, wodurch viele Leute die unklare Bekanntmachung nur lesen werden und dann nur die Wählerlisten einsehen und glauben, damit auch für das Volksbegehren ihre Pflicht getan zu haben.

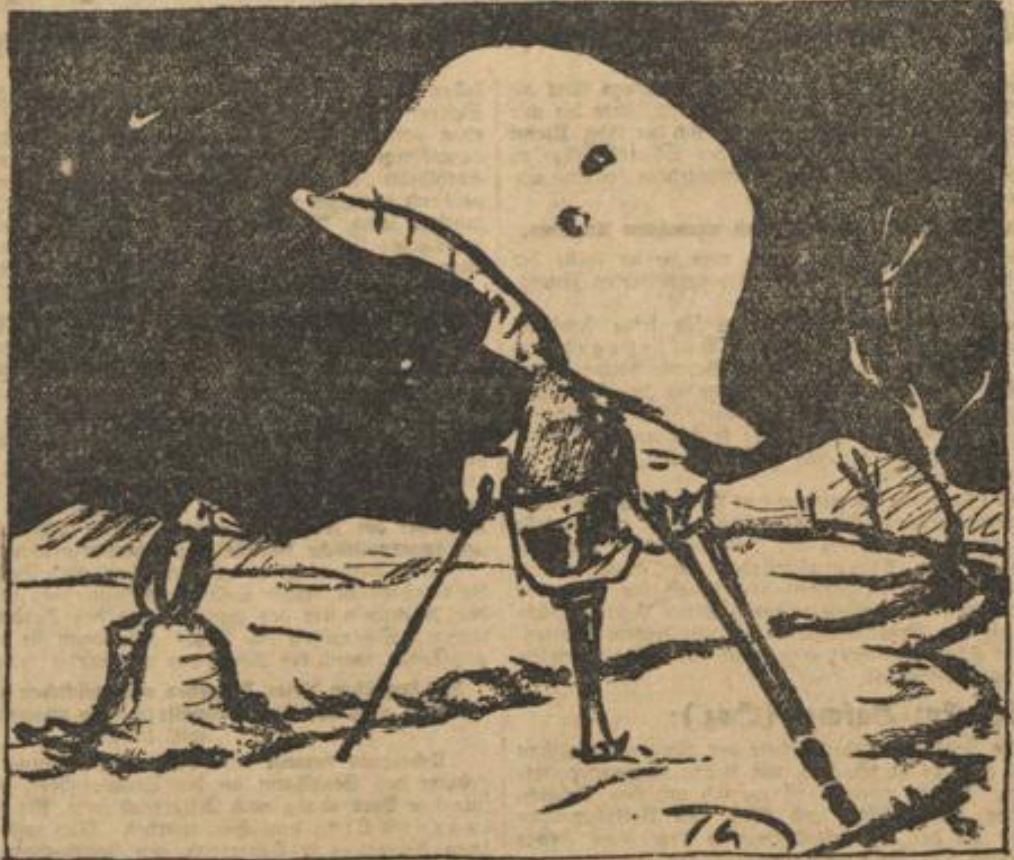
Damit bestätigt die „Kreuz-Zeitung“, daß viele Leute, die man für eine hochpolitische Aktion einzuspannen hofft, die für das Schicksal Deutschlands entscheidend sein würde, auf einer so niedrigen geistigen Stufe stehen, daß sie die einfachsten Begriffe nicht voneinander unterscheiden können. Was mühen das für politische Analphabeten sein, die die Nachprüfung einer Wählerliste mit einer Eintragung für das Volksbegehren verwechseln?! Aber die Hugenberger unterstützen sogar vielen ihrer Anhänger dieses nicht zu überbietende Maß staatsbürgerlicher Idiotie.

Wie sind zu hofflich, um dieser Vermutung zu widersprechen, zumal die Drahtzieher des Volksbegehrens ihre eigenen Leute wohl am besten kennen. Sie haben seit jeher die eigenen Wähler nur als Stimmvieh betrachtet und genießen sich nicht, ihnen dies öffentlich zu bescheinigen.

## Schiebungsversuche der Hugenberger.

Amlich wird mitgeteilt: Es sind Bestrebungen im Gange, auf Gemeindeebenen in dem Sinne einzuwirken, daß die Listen zum Volksbegehren amtlich anerkannt werden, deren Eintragungen durch Umhertragen von Haus zu Haus zustande gekommen sind. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß nur solche Listen Gültigkeit haben, die in der amtlich vorgeschriebenen Einzeichnungsstelle beschriebenen worden sind.

# Hugenbergs Volksbegehren startet . . .



Kopfslos und zwei lahme Beine — wenn das man gut geht!

# Beamte der Republik!

Wie sie ihren Diensteid auffassen.

Wir erfahren aus dem Landgericht I Berlin:

Wie weit die Verblendung gemisser für das Volksbegehren agitierender Kreise geht, zeigt folgender Vorfall. Der Rechnungsrat R. des Berliner Landgerichts I konnte es nicht unterlassen, an der Hand eines öffentlichen Flugblattes in einer Geschäftsstelle dieses Landgerichts Hefreden zu führen und die Beamten zu versichern, daß sie sich durch Unterzeichnung des Volksbegehrens nicht strafbar machten, wobei dieser öffentliche Held Redebanden wie „Jüdischer Terror“, „asiatische Schweinebande“ und „sozialdemokratische Verbrecher, die ins Zuchthaus gehörten“, in seine Agitationsrede einflacht. Hierfür wurde er zur Rede gestellt und angeblickt des ihm drohenden Disziplinarverfahrens, über dessen Ausgang auch er wohl nicht im Zweifel war, hielt er es doch für der Weisheit besseren Teil und entschloß sich, in derselben Geschäftsstelle in Anwesenheit der Beamten- und Betriebsvertretung, sich zu entschuldigen und alle getanen Ausführungen und Schimpfreden mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückzunehmen.

## Der Reichsbankrat.

Der Reichsbankrat J. treibt in den Diensträumen der Reichsbank während der Dienststunden Propaganda für Hugenbergs Inflationsbegehren und sammelt Gelder für die Hugenberg-Propaganda. Herr J. ist strammer Stahlhelm-Mann.

## Ein immuner Feigling.

Aus der nationalsozialistischen Verbrecherpresse.

Die nationalsozialistische „Berliner Arbeiter-Zeitung“, verantwortlicher Redakteur Gregor Strasser, M. d. R., schreibt zum Aufruf der Reichsminister gegen das Inflationsbegehren:

„Am Tage vor Beginn der Einzeichnung zum Volksbegehren gegen den Young-Plan veröffentlichte die Presse zwei Aufrufe gegen das Volksbegehren, deren Inhalt so schamlos, deren Geist so ungeheuerlich und deren Zweck so verbrecherisch ist, daß für einen Augenblick lang eisiges Entsetzen das Herz packt: „das ist doch unmöglich!“ — bis man begreift, daß es doch möglich ist und das Entsetzen dann abgestößt wird von Verachtung und Haß und Rache schwört!“

Der eine Aufruf, unterschrieben von sämtlichen Reichsministern und einer Reihe prominenter Vertreter des heutigen Systems, wie: Dr. Henning-Köln, Dr. Blüher-Dresden, Otto Braun-Breußen, Professor Einstein, Gerhart Hauptmann, Professor Kohl, Frau von Oheim-Rardorf, Professor Liebermann, Dr. Schacht, Karl Severing usw. ist ein Dokument so offener Lüge und so ungeheuerlichen Betruges, daß man sich schämt, anzunehmen, jeder der Unterzeichner hätte den Aufruf überhaupt nur gelesen, geschweige nachgeprüft.

Ist dieser Aufruf so ein Dokument der Lüge und des Betrugs, so ist der Aufruf des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, gezeichnet Hörling, ein Dokument der Ehrlosigkeit und Schamlosigkeit, wie es in diesem Ausmaß selbst seit den Novembertagen 1918 ohne Beispiel ist.

Ist es denkbar: Deutsche gibt es, „Führer“ des deutschen Volkes, die mit Lüge und Betrug, mit Haß und Ehrabschnidung gegen den Versuch kämpfen, neue drückende, unwiderrufliche Verflanzung vom deutschen Volke fernzuhalten.

Brandmarkt sie mit dem Reinszeihen der Verräter! Schreit es ihnen offen ins Gesicht: „Agenten Frankreichs!“

Der Strach, der diese Beschimpfungen fabriziert hat, ist ebendrei feige, weil er nicht für sie einsticht: es ist Herr Gregor Strasser, M. d. R., und deshalb im un-

## Noch eine Beschimpfung der Reichsregierung.

Die „Deutsche Zeitung“ vom Donnerstag schreibt: Die Reichsregierung der Müller, Severing und Hilferding hat also auch damit den geschäftlichen Nachwuchs geliefert, daß es ihr eiliger um die Verflanzung des

## Der Regierungsrat.

In der soeben herausgekommenen Nr. 40 des Mitteilungsblattes „Kreislandbund Rothenburg D.-L.“ findet sich ein Aufruf des „Ausschusses für das deutsche Volksbegehren im Kreise Rothenburg D.-L.“. Unter den vielen hochtönenden Namen, die unter dem Aufruf stehen — Rittmeister a. D., Doktoren, Grafen, Rechtsanwältel, Freiherrn, Fabrikbesitzer, Direktoren, Gutsbesitzer usw. — „prangen“ auch solche von hochgestellten und gut bezahlten Beamten der Republik. An erster Stelle glänzt da vor allem Regierungsrat Corganico-Rothenburg. Er steht seinem Namen auch heute noch den Amtstitel bei: „Leiter des Finanzamts Rothenburg D.-L.“. Das Finanzamt ist eine Reichsbehörde. Der vorgenannte Leiter ist eingeleitet zur Wahrung der Interessen des Reiches, aber nicht zu dessen Schädigung. Wenn dieser höhere Beamte in seiner amtlichen Eigenschaft sich dazu hergibt, den Staat untergeben zu helfen, dann ist es höchste Zeit, daß der Reichsfinanzminister sich diesen Herrn ansieht.

Doch weiter: „Wie der Herr — so's Befehrer.“ Als Nr. 2 eines Beamten zeichnete der Finanzamtssteuerinspektor Bötsche-Schneider, der seinen Titel als Stadtverordnetenordnungsleiter hier mißbraucht.

Dann fehlt auch nicht der Amts- und Gemeindeversteher Bitter-Gebeitz unter dem Aufruf, ferner der Herr Kantor Schneede-Horta.

deutschen Volkes ist, als selbst den verschwarenen äußeren Feinden der Nation.“

Diese Sorte von Presse bemüht sich, Material für die Notwendigkeit des neuen Republikentwurfes beizubringen.

## Sie schreien über Terror!

Die „Pommersche Tagespost“, das Organ der Deutschnationalen in Pommern, veröffentlicht das folgende Gedicht:

„Fragt alle, die noch ahnsicht sehn:  
Wollt ihr, daß Deutschland soll untergehn;  
Seid ihr Deutsche? — Und find sie es nicht,  
Tilgt sie aus jeder Gemeinde!  
Sperrt ihnen in das Teufelsgeißel,  
Sie find im Dienste der Feinde.“

So etwas schreit über Terror, wenn die Regierung zur Abwehr übergeht!

## Der Umsturz in Afghanistan.

Nadir Khan zum König gewählt.

Habibullah hat sich endgültig ergeben. Die sofort einberufene Nationalversammlung des Landes hat keinen Besieger, Nadir Khan, angeblich trotz seines Widerstrebens, zum König gewählt. Der neue Herrscher will alle Gesandten Afghanistans im Auslande entlassen, weil sie sich während der kurzen Herrschaft Habibullahs als unzuverlässig erwiesen haben. Die alten Verträge zwischen Afghanistan und der Sowjetunion sollen wiederhergestellt werden.

Eine siebente Bundesrepublik der Sowjetunion, Tadschikistan, das bisher der Usbekenrepublik angehört, wurde auf dem in Duschanbe eröffneten außerordentlichen Ratskongress zur Bundesrepublik erklärt. Somit zählt die Sowjetunion nunmehr sieben Bundesrepubliken, nämlich: RSFSR (Russland), Ukraine nebst der moldauischen autonomen Republik, Weißrußland, Transkaukasische Föderation, Turkmennistan, Usbekistan und Tadschikistan. Die neue Bundesrepublik umschließt eine Fläche von 150 000 Quadratkilometer und zählt etwa eine Million Einwohner. In der an den Berghängen/Pamirs gelegenen Republik wird Baumwollbau getrieben.

Die Landesrechtliche Erklärung des Slowenen Gorton in Pola hat lebhafteste Empörung und Protestkundgebungen in Belgrad ausgelöst.







# Schützt die öffentliche Wirtschaft!

## Die Notwendigkeit der Aufnahme von Anleihen.

Es wird keinen Politiker geben, der nicht genug ist, zu glauben, daß die bürgerlichen Parteien und ihre Presse die aus Anlaß der Claret-Affäre entfachte Hege gegen die Berliner Stadtverwaltung nur aus Gründen der Keimlichkeit betreiben. Der wahre Grund ist vielmehr der, daß sie in dieser Affäre eine wirksame Waffe gegen die verhaßte Berliner öffentliche Wirtschaft gefunden zu haben glauben.

Schon seit Jahren wird von der Privatindustrie ein erbitterter Kampf gegen die immer mehr erstarkende öffentliche Wirtschaft der Kommunen geführt. Bisher ohne Erfolg — trotz tatkräftigster Unterstützung der sogenannten „Beratungsstelle“ und der Reichsbank. Die bevorstehende neue Kostenverteilung aus Anlaß des Young-Planes hat diesen Kampf der Entscheidung nahegebracht und aufs äußerste verschärft. Erst vor kurzem hat die vornehmste und größte Unternehmerorganisation, der Reichsverband der Deutschen Industrie, durch seinen Präsidenten Duisburg erklären lassen, daß der Reichsverband für die Durchführung seiner Forderungen gegen die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand „sich mit aller Energie, unaufhörlich und unerbittlich einsetzen werde“.

Der Kampf gegen die kommunalwirtschaftliche wird daher bei den kommenden Kommunalwahlen nicht nur in Berlin, sondern überall das Hauptobjekt des Kampfes bilden.

Es kommt hinzu, daß in aller kürzester Zeit auch die Entscheidung darüber fallen wird, ob, unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Kompetenzen die „Beratungsstelle“ weiterbestehen soll. Nach der vernichtenden Kritik, die der Enqueteausschuh an ihrem bisherigen Wirken und damit zugleich an der Auslandsanleihepolitik des Reichsbankpräsidenten geübt hat, wird es für ihre Befürworter nicht ganz einfach sein, sie in ihrer bisherigen Art weiter „beraten“ zu lassen. Bei dieser Sachlage ist es zu begrüßen, daß vor kurzem zwei Aufsätze erschienen sind, die in wissenschaftlicher, der Tagespolitik entrückter Weise die Ergebnisse der letzten Veröffentlichung des Statistischen Reichsamts zur kommunalen Verschuldung würdigen; der eine im Septemberheft der „Mitteilungen des deutschen Städtebundes“ von Dr. H. W., der andere in Heft 37 des „Wirtschaftsblattes“ von Wilhelm Franke, Berlin. Aus ihnen seien nachfolgend einige Angaben wiedergegeben.

Der für den 31. März 1928 ermittelte Schuldenbestand sämtlicher Gemeinden und Gemeindeverbände von 5774,4 Millionen

umfaßt die Alt- und die Neuverschuldung. Eine wirkliche Kapitalzufuhr stellt nur die seit der Währungsstabilisierung im In- wie im Ausland aufgenommene Neuverschuldung dar; sie beträgt mit 4636,5 Millionen ungefähr vier Fünftel des Gesamtbetrages.

Die so heiß umstrittenen kommunalen Auslandsanleihen machen an der Neuverschuldung mit ihren 541,5 Millionen nur 11,7 Proz. der Neuverschuldung aus.

Das Schwergewicht der Neuverschuldung liegt ganz überwiegend auf der inländischen Verschuldung (4095 Millionen = 88,3 Proz.). Bei den Auslandsanleihen handelt es sich fast ausschließlich um langfristige Kredite (94,5 Proz. mit mehr als zehnjähriger Laufzeit). Die inländische Neuverschuldung ist dagegen nur zu drei Fünftel (2570,4 Millionen) als langfristig anzusehen.

Die langfristigen Schulden sind durchschnittlich um mindestens 1 Proz. niedriger verzinst als die mittel- und kurzfristigen Kredite. Diese durchschnittlichen Angaben erfassen nur die nominalen Zinsätze. Die effektive Zinsbelastung ist wegen der Auszahlungsspesen und der unter Pari liegenden Begebungskurse höher. Die gesamte kommunale Zinslast in 1928 für alle Schuldarten einschließlich der Altverschuldung beläuft sich auf rund 400 Millionen Mark. Von der gesamten Neuverschuldung der Gemeinden über 10 000 Einwohner (3711,1 Millionen einschließlich Hypotheken) sind allein 1458,1 Millionen oder etwa zwei Fünftel den Werken und Betrieben aller Art sowie der Vermögensverwaltung zugeführt worden. 791,5 Millionen, also ein weiteres Fünftel, entfallen auf den Wohnungsbau. Für Straßenbau und Kanalisation, die mit dem Wohnungs- und Siedlungswesen aufs engste zusammenhängen, sind 558,2 Millionen oder 15 Proz. verwendet. Auf das Bildungswesen (in der Hauptsache Schulbauten) entfallen 3,7 Proz., auf das Wohlfahrtswesen (Krankenhausbauten) 6,1 Proz., Förderung der Wirtschaft 1,4 Proz., allgemeine Verwaltung 1,7 Proz., Anstalten und Einrichtungen verschiedener Art 1,1 Proz. Für Sportanlagen sind nur 0,4 Proz. angewendet worden. Schon diese wenigen Ziffern belegen die wirtschaftliche Notwendigkeit der Verwendung der aufgenommenen Gelder.

Die Tätigkeit der „Beratungsstelle“ wird durch die folgenden Zahlen beleuchtet: In den Jahren 1925 bis 1928 hat sie von den beantragten ausländischen Kommunalanleihen in Höhe von

2088,5 Millionen Mark 930 Millionen (45,62 Proz.) befürwortet, der Rest (54,38 Proz.) wurde nicht befürwortet. Von staatlichen Anleihen dagegen wurden 91,98 Proz., von landwirtschaftlichen Anleihen 97,54 Proz. befürwortet. Während also allen Anleihegebern ausländische Anleihen fast reiflos genehmigt wurden, stellte sich den Kommunalbehörden, die ausländische Anleihen aufnehmen wollten, in weit über der Hälfte aller Fälle die „Beratungsstelle“ abweisend entgegen.

Die angeführten Ziffern zeigen schlagend die Unechtheit der gegen die Gemeinden wegen ihrer angeblichen Verschwendungsjucht entfachten Hege. Sie zeigen zugleich, wie schädlich und verfeuert die von der Beratungsstelle betriebene Politik sich letzten Endes für die öffentliche Wirtschaft der Kommunen und damit für die gesamte öffentliche Wirtschaft auswirkt. Die wertvolle Bevölkerung, die die Vorzüge und Vorteile der kommunalen Wirtschaft täglich selber empfindet, wird hoffentlich am 17. November, dem Tage der Stadtverordnetenwahlen, dieser verlogenen Hege ein Ende machen.

## Wählerversammlung in Charlottenburg

### Genosse Czeminiski über den Berliner Wohnungsbau

Wie eng die sozialdemokratische Wählerschaft mit der Partei verbunden ist, zeigte am Mittwochabend eine überfüllte Werbekundgebung des Kreises Charlottenburg im großen Saal des Edenpalastes. Stadtrat Genosse Czeminiski hielt ein ausgezeichnetes Referat:

Er legte eingehend die Arbeit dar, die die Sozialdemokratie auf dem Gebiete des Wohnungsneubaus geleistet hat. In Berlin sind in den letzten Jahren 140 700 Wohnungen erstellt, das ist Wohnraum für 600 000 Personen. Wenn nicht noch mehr geleistet werden konnte, so in erster Linie weil die Beratungsstelle für Auslandsanleihen den ausländischen Kapitalmarkt für den Wohnungsbau verschloß. Wir haben dafür gefordert, daß keine Hinterhäuser mehr errichtet werden dürfen. Die neuerbauten Wohnungen sollen Heimstätten sein, in denen sich der Arbeiter wohlfühlen kann.

Genosse Witt schloß die Versammlung mit einem Appell an die Wähler, nicht nur für die Sozialdemokratie am 17. November zu stimmen, sondern sich auch als aktive Mitglieder in die große Partei der Arbeiter einzureihen.

Wiederöffnung des Städtischen Schulmuseums. Vom 30. Oktober ab kann an jedem 1. und 3. Sonntag jeden Monats in der Zeit von 10 bis 12½ Uhr das Städtische Schulmuseum (Refektorium-Stiftung) in der 306. Volksschule, Dunderstraße 64, wieder besichtigt werden. Der Eintritt ist vollkommen frei. Auch während der Sommerzeit, in welcher das Museum geschlossen war, sind nun verschiedenen Seiten, auch von Schülern, wieder manche wertvollen Stücke dem Museum zugeführt worden. Die 306. Volksschule liegt in unmittelbarer Nähe des Bahnhofes Prenzlauer Allee und ist außerdem mit den Straßenbahnlinien 71, 72, 73 sowie Omnibus 30 leicht zu erreichen.

Motto:  
„Von jetzt an stets gut gekleidet!“

**Der Mantel, der halb so teuer ist, weeraussieht, ist unsere Stärke.**

Hier ist ein famoses Beispiel dafür, einen welch modernen, guten Mantel Sie schon für Mk. 62<sup>50</sup> bei uns bekommen können, ein Mantel, dessen Wert wohl beinahe jeder auf Mk. 100- und mehr schätzen würde. Und von solchen gut aussehenden, aus guten Stoffen gut verarbeiteten Mänteln ist unser Lager voll.

Über solche Tatsachen einfach blind hinwegzusehen, wäre töricht. Wenn Sie zu den klugen Männern gehören, die auch für wenig Geld gut und elegant angezogen sein wollen dann —



Der hochmoderne elegante Ulster — blaugrau, braun — mit dezentem Ueberkaro und hübscher Absteifer; im Sitz Hupop, Stoff in der Ausführung aufgestepter Kunststoffe, die Ärmel mit Kunstseide gefüttert. Der Ulster kostet

62<sup>50</sup>

„Um Himmelhüllen, Dick, solch' teuren Mantel?“

„Beruhige Dich, Kiddy, er ist halb so teuer, wie er aussieht.“



# GEHEN

Königstr. 33 Chausseestr. 113  
Am Bn. Alexanderplatz beim Stettiner Bahnhof

**C & A**  
BRENNINKMEYER

Das obige Angebot steht Ihnen ab Freitag zur Verfügung! — Schriftliche Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!





# Verschleierte Bilanzen.

## Die Rückstellungspolitik der Bauunternehmungen.

Im Zusammenhang mit der Kundfrage des Reichsjustizministeriums über die Aktienrechtsreform ist in vielen Blättern wiederum auf die übliche Gepflogenheit, die Bilanzen zu verschleiern, hingewiesen worden. Die grundsätzliche Kritik, die daran geübt wurde, sei hier durch Darstellung von Einzelfällen ergänzt. Als Material dienen die Jahresausweise sämtlicher Bauunternehmungen mit 2 Millionen Mark Mindestkapital, deren Aktien oder Anteile gehandelt werden, achtzehn an der Zahl.

### Den Bauunternehmungen ist es seit der Stabilisierung Jahr für Jahr besser gegangen.

Von insgesamt 70 Abschlüssen weisen nur 3 Dividendenreduktionen auf; im letzten Jahr blieb keine Firma dividendenlos. Selbstverständlich ist die fortschreitende Besserung der Geschäftslage an den Abschlüssen nicht spurlos vorübergegangen. Was sie an Spuren hinterlassen hat, bleibt hinter dem wahren Grad des Erfolgserfolgs weit zurück. Die Bildung offener sichtbarer Reserven aller Art gibt die wirklich erfolgte Vermögensstärkung zweifellos nicht wieder. Es fällt jedenfalls schwer zu glauben, daß die Geschäftslagen im Laufe einer Reihe erfolgreicher Jahre ihren Aktionären ausnahmslos ein Mehrfaches dessen zugewandt haben, was sie zur Auffüllung ihrer Reserven verwendeten. So gab

die Firma	im Lauf von ... Jahren	an die Aktionäre	an die Reserven	h. h. an die Aktionäre ... Prozent mehr als an die off. Reserven
Philipp Holzmann	3 (seit 1926)	5 215 000	179 000	3000 Proz
Grün u. Biffinger	4 (1925)	1 766 000	281 000	600 "
Berlinische Boden	4 (1925)	1 440 000	164 000	800 "
Wäg. Häuserbau	3 (1926)	845 000	76 000	1100 "
Boswau u. Knauer	3 (1926)	1 108 000	40 000	2750 "
Gebr. Goehardt	3 (1926)	900 000	100 000	900 "
H. G. f. Bauausführungen	2 (1927)	300 000	44 000	680 "

Das sind diejenigen Unternehmungen, die seit 1925 keine Kapitalerhöhung vorgenommen haben, bei denen die Reserven also restlos aus Betriebsgewinnen gespeist werden. Bei den anderen, die ihre Reserven außerdem mit Emissionsgewinnen auffüllen konnten, liegen die Verhältnisse nicht anders; nur sind sie der Schwere wegen, denen die Trennung des Reservenwachses nach seiner Herkunft begegnet, weniger eindeutig. Soweit sie dies aber sind, fügen sich die Firmen der Auffassung zwanglos ein.

Gerade bei einer Firma, die seit 1925 ihr Kapital erhöht hat, ist das Verhältnis zwischen Zuzahlungen an die Aktionäre und Zuzahlungen an die offenen Reserven besonders groß. Es handelt sich um

### Julius Berger.

Dieses Unternehmen, das in den letzten Jahren stets die höchsten Dividenden erklärte, führte seit 1925 dem Reservefonds aus Betriebsgewinnen ein einziges Mal ganze 42 000 M. zu, während an die Aktionäre 1 163 000 M. ausgeschüttet wurden! Die einmalige Zuzahlung stellt fraglos eine Verlegenheitsbuchung dar, denn irgendein Anlaß, gerade im Jahre 1926 gerade diesen Betrag zur Dotierung des Reservefonds zu benutzen, ist nicht ersichtlich. Julius Berger verfolgt ganz offensichtlich das Prinzip, aus Betriebsgewinnen überhaupt keine offenen Reserven zu bilden, deren Auffüllung vielmehr nur Emissionsgewinne heranzuziehen. Daß die Relation zwischen Reserve und Aktienkapital mit knapp 40 Proz. gleichwohl überaus günstig und höher als bei jeder anderen Bauunternehmung ist, liegt an der Höhe des Börsenurses; auch bei Einschränkung günstiger Bezugsrechte wird Berger immer noch hohe Emissionsgewinne erzielen. Wo diese Quelle spärlicher fließt oder wo Kapitalerhöhungen gar vermieden werden, weist die Reserve bei Befolgung dieses Prinzips eine ganz unheimliche Höhe auf.

Am trübseligen zeigen dies die Bilanzen von Boswau und Knauer. Nach drei guten Jahren hat man dort das genannte Verhältnis von gut 1/2 Proz. auf 1,7 Proz. gebracht! Man wird nicht der Übertreibung geziehen werden können, wenn man feststellt, daß eine solche

### Art der Bilanzierung dem Grundsatze der Wahrheit geradezu hohn spricht.

Für das Verhältnis zwischen Gewinnverbleib und Gewinnausschüttung ist dasjenige von Zuzahlung an die offenen Reserven und Gewinnausschüttung nicht kennzeichnend. Es gibt einen Weg, Gewinne schlicht dem Unternehmen zu sichern, ohne die offenen Reserven zu erhöhen: Abbau der Schulden. Die Jahresausweise übergehen ihn freilich, indem sie das Gewinnkonto um den Betrag, der zur Verringerung der Schuldenlast — worunter nur langfristige festverzinsliche Schulden zu verstehen sind, denn andere sind in dieser Beziehung erst gar nicht zu verfolgen — dem Vorweg kürzen. Selbstverständlich ist diese buchhalterische Maßnahme auf die Tatsache, daß es sich hier um echte Verwendung eines Teils des Gewinnes zugunsten der Unternehmung handelt, ohne jeden Einfluß.

Einige Bauunternehmungen sind in dieser Weise verfahren, so

daß das Verhältnis zwischen offen einbehaltenem und ausgeschüttetem Gewinn bei ihnen besser ist als die genannten Zahlen bezogen. Relativ ist es sogar bedeutend besser; die Ueberschussquote sinkt bei Gebr. Goehardt von 900 Proz. auf 450 Proz., bei Boswau und Knauer von 2750 Proz. auf 1450 Proz. Aber die so berichtigten Ziffern sind immer noch zu groß, als daß sie den anfangs ausgesprochenen Zweifel, die Reservebildung erfolge tatsächlich so, wie in Gewinnverteilungsplan, Erfolgsrechnung und Bilanz dargelegt wird, beheben könnten.

Rückstellung im eigentlichen Sinne des Wortes, wenn auch nicht für eine längere Spanne als ein Jahr gedacht, ist auch der Gewinnvortrag. Seine ursprüngliche Funktion war, etwaige Gewinnrückgänge auszugleichen, die Beobachtung einer stabilen Dividendenpolitik zu erleichtern. Heute hat er sie eingebüßt. Was will es zum Beispiel besagen, wenn Julius Berger Vorträge in Höhe von 50 000 bis 73 000 M. ausweist; sie sind zu beiseite, um erforderlichenfalls die Stützung der Dividende um auch nur 1 Proz. zu erlauben! Genau so steht es bei Boswau und Knauer, Benz und Co., und hochtief, nicht viel besser bei vielen anderen. Gewinnvorträge in aus-

reichender Höhe nahmen letztes Jahr, das in dieser Beziehung günstig dasteh, nur Industriebau-Held und Franke, Grün und Biffinger, Allgem. Häuserbau und drei bis vier weitere Firmen vor.

Aber der Gewinnvortrag soll auch eingeladenermaßen nicht mehr zum Gewinnausschüttung in der Zukunft dienen; wie könnten sonst Bank und Freistog den Vortrag, den sie in ein Jahr rückläufiger Dividendenbemessung übernommen haben, unverändert in das nächste übertragen! In Wirklichkeit ist er eben nur noch eine bedeutungslose Rechengröße, deren Fehlen die ohnehin schon undurchsichtige Rechnung nicht sonderlich berühren würde.

### Versteckte Reserven.

Wären die offen ausgewiesenen Rücklagen die einzigen, die die Bauunternehmungen gemacht hätten, so wäre es um die Fähigkeiten ihrer Leiter in Finanzfragen schlecht bestellt. In Wirklichkeit wurden weitere Rücklagen gemacht, die als solche nur nicht kenntlich sind. Wahrscheinlich sind diese versteckten Reserven sogar um ein Mehrfaches größer als die offenen; andernfalls stünde die Freigebigkeit gegenüber den Aktionären in keinem Verhältnis zur Kapitalbildung innerhalb der Betriebe. Daß diese allgemein betrieben wird, ist bekannt, und ein Grund, gerade für die Bauindustrie, deren Kreditituation nicht die beste ist, das Gegenteil anzunehmen, liegt nicht vor. In Berücksichtigung der günstigen Geschäftslage wird man die Jahresausweise der Bauunternehmungen als Schulbeispiele für die Bilanzverschleierung zum Zwecke des Gewinnverbleibs ansehen müssen.

# Möglichkeiten der Konzentration.

## Bankenfusion und Industrie.

Wenn zwei Banken vom Range der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft, Banken, die so eng mit zahlreichen Industrien, Transport- und Handelsgesellschaften verflochten sind, miteinander verschmelzen, so muß das für alle diejenigen Gesellschaften, deren hauptsächlichste Bankverbindung bisher eine dieser beiden Banken gewesen ist, ebenfalls von entscheidender Bedeutung werden. Die Fusion wird den Bankinstituten, die im Ausland miteinander im Wettbewerb standen, aber die im Inland einen freundschaftlichen Kontakt wählten, die Möglichkeit geben, ihre industriellen Interessen, die sie bisher trennten, zu vereinen — mit diesen Worten kennzeichnete dieser Tage eine bekannte französische Wirtschaftskorrespondenz („Agence Economique et Financiere“ vom 30. September) die wichtigste wirtschaftliche Konsequenz des Zusammenschlusses.

Es ist natürlich nicht anzunehmen, daß nun auf einen Schlag etwa alle gleichartigen Industrieunternehmen ebenfalls miteinander verschmelzen werden; denn auch die Deutsche Bank stand bereits seit Jahren in intimsten Geschäftsbeziehungen zu einer ganzen Reihe Maschinen- oder Textilfirmen, ohne daß sie bisher diese ihre Kunden zu einer Fusion veranlaßt hätte. Trotzdem wird auf jeden Fall nunmehr eine neue Periode großer Industriekonfusionen zu erwarten sein — überall mit dem gleichen Zweck, größere, kapitalstärkere Konzerne zu entwickeln, deren Produktions- und Betriebskosten zu vermindern und insbesondere auch das Lohnniveau zu senken, das heißt nach Möglichkeit Arbeiter- und Angestelltenentlassungen vorzunehmen. Nicht zuletzt diese Seite der Bankenfusion ist es daher, die von der Arbeiterklasse mit ganz besonderer Aufmerksamkeit beachtet wird; denn es handelt sich bei den Firmen, die mit diesen beiden Banken verbunden sind, um einen sehr großen Teil der deutschen Wirtschaft.

Einige wichtige Beispiele solcher Konsequenzen seien hier genannt.

In der Kaliindustrie, wo seit Jahren eine starke Tendenz zu immer stärkerer Konzernbildung und Rationalisierung zu beobachten ist, steht die Disconto-Gesellschaft dem Konzern Salzgitter, Wärschleben, Westeregeln nahe, während die Deutsche Bank an der Kalichemie K. G. interessiert ist, jenem kalichemischen Konzern, der im vergangenen Jahr durch Verschmelzung des Kalikonzerne Neustadt-Friedrichshall mit der Rheinania-Kunheim Verein Chemischer Fabriken K. G. entstanden ist.

In der Elektro- und Elektrizitätsindustrie steht die Deutsche Bank schon seit Jahren, zum Teil Jahrzehnten, dem Siemens-Konzern besonders nahe, ebenso auch der mit Siemens zusammenarbeitenden Finanzierungsgesellschaft Elektrische Licht- und Kraftanlagen K. G. Erst im vergangenen Jahr hat diese Finanzierungsgesellschaft ihr Aktienkapital erhöht und ihre Verbindung zu Siemens noch mehr verengt. Andererseits arbeitet die Disconto-Gesellschaft aufs engste mit der größten deutschen Finanzierungsgesellschaft für Elektrizitätsunternehmen zusammen, nämlich der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen). Auch zu der Firma Ludw. Loewe, die heute mehr eine Dach- und Beteiligungsgesellschaft als eine Maschinenfabrik ist und die ihrerseits mit der Gesellschaft seit Jahrzehnten verbunden ist, steht die Disconto-Gesellschaft in allerengsten Geschäftsbeziehungen. Ferner wird von der Disconto-Gesellschaft die Deutsch-Akanatische Telegraphen-Gesellschaft kontrolliert, anderer-

seits von der Deutschen Bank die Bergmann-Werke, die A. Bintsch-K. G., die Deutsche Telefonwerke und Kabelindustrie K. G.

In der Metallverarbeitung und im Maschinenbau sind als enge Geschäftsfreunde der Deutschen Bank zu nennen: Hirsch-Kupfer, die Maschinenfabrik Budau, Schuberth u. Salzer, Borzig, Rannesmann usw., andererseits für die Disconto-Gesellschaft außer Ludw. Loewe die Sächsische Maschinenfabrik Richard Hartmann und die Maschinenfabrik Augsburg-Rürnberg (M.A.N.).

In der Papierindustrie steht die Disconto-Gesellschaft dem Zellstoff-Waldhof-Konzern nahe, die Deutsche Bank unter anderen der Barginer-Papierfabrik.

Sehr wichtig kann die Bankenfusion auch für das Reedereiwesen werden. Die wichtigste Bankverbindung der Hapag läuft auch heute noch, trotz des Eindringens der Darmstädter und Nationalbank, zur Disconto-Gesellschaft, während hinter dem Norddeutschen Lloyd nur allein die Deutsche Bank steht.

Die Erdölinteressen beider Banken (Deutsche Erdöl K. G., Deutsche Petroleum-Gesellschaft, Rütgerswerke) sind bereits seit einigen Jahren zu einer engen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen.

Diese Beispiele zu erwartender Interessenverknüpfungen liegen sich auch für andere Gebiete noch vermehren, so zum Beispiel für die Montanindustrie (Haniel-Konzern, Altkoner-Konzern), für den Stein- und Braunkohlenbergbau (die Silberbergische Rheinische Braunkohlen K. G., Harpener Bergbau usw.) und auch für die Textilindustrie.

Die Arbeiterschaft, die ja durch solche Fusionen und Interessengemeinschaften zunächst am härtesten betroffen wird, hat um so mehr Anlaß, diese Folgen der Bankenfusion ins Auge zu fassen, als an der Börse bereits mit bestimmten Zusammenschlüssen dieser Art gerechnet wird.

## Merkwürdige Zurückhaltung.

### Rohlenwirtschaft — Wirtschaftsminister — Genossenschaften.

Der vom Reichstag im Juni 1929 gefasste Beschluß zu den Ausführungsbestimmungen des Rohlenwirtschaftsgesetzes, wonach die Vereinigungen der Verbraucher-Genossenschaften die von ihnen benötigten Kohlenmengen zu den gleichen Preisen und Lieferbedingungen erhalten wie der Handel, scheint in den Labordrucken des Reichswirtschaftsministeriums ein merkwürdiges Schicksal zu erfahren. Er liegt auf der Hand, daß gewisse Stellen keine Freude an diesem Reichstagsbeschluß haben. So hat bereits der Reichskohlenverband in einem Schreiben an das Reichswirtschaftsministerium gegen die Beschlüsse des Reichstags Stellung genommen. Auch das Ministerium selbst, das nach dem Rohlenwirtschaftsgesetz verpflichtet ist, den genossenschaftlichen Gedanken zu fördern, hat bis jetzt für die Verwirklichung der Beschlüsse nichts getan.

Dagegen haben sich andere Selbstkeiten und Merkwürdigkeiten ergeben. So liegt gegenwärtig dem Reichswirtschaftsministerium eine Darstellung des Zentralverbandes der Kohlenhändler vor, die sich selbstverständlich auch gegen den Reichstagsbeschluß ausspricht. Man darf auch annehmen, daß die Kohlenhändler vom Ministerium um die Darlegung ihrer Auffassung ersucht worden sind.

Die große Auswahl der

# SALAMANDER

Herbst-Modelle wird Sie überraschen  
DAZU DIE PASSENDEN STRÜMPFE · ELEGANTE ÜBERSCHUHE





# Allgem. Flugblattverbreitung zur Stadtverordnetenwahl

## Alle Genossinnen und Genossen beteiligen sich daran am Sonntag, dem 20. Oktober!

### Geburtstage, Jubiläen usw.

43. Wkt. Nachter Lieben Pastoretzin Sophie Kesz. Reichshaus Str. 122. In ihrem letzten 70. Geburtstage die herbstl. ...  
 44. Wkt. Charlottenburg, Lieben Lieben Genossen und Jünglingsverein ...  
 121. bis 128. Wkt. Venton. Unserem lieben Genossen Paul Grek zu seinem 70. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche.

### Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

17. Wkt. Unter Ebnitz Kurt Dienb. Klaußhauer 1. Ist verstorben. Er ist seinem Ableben Herbeigekommen am Sonntag, dem 19. Oktober, 13 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof in der Humboldtstraße.

**Sozialistische Arbeiterjugend Gr. Berlin**  
 Vorstellungen für viele Abende nur am Bad Jugendklubstr. Berlin SW 68, Lindenstraße 3

„Tentons Tob“ wird gespielt in der Volkshalle am Sonntag, dem 27. Oktober, 19 Uhr. Karten zu 90 Pf. sind im Jugendklubstr. erhältlich, sofort abholen.

Mitteilungen, selbst umgehend, sonst nicht gefolgt. Das Programm für November und den Berichtsjahr vom 8. Quartal ein, erledigt die nach anschließenden Entscheidungen.  
 Mitteilungsblätter, redigiert die Redaktion heute zwischen 17 und 19 Uhr ab. Die Photographien zum Jugendklub im Schillerpark sind eingetroffen.

### Heute, Freitag, 19 1/2 Uhr.

Kleintheater Vorstadt: Schule Mittelstraße 12. Vortrag: „SWJ und ...“  
 Kammerspiele: Schule Mittelstraße 12. Vortrag: „SWJ und ...“  
 Volkshalle: Schule Mittelstraße 12. Vortrag: „SWJ und ...“  
 ... (detailed list of events and locations)

Vortrag: „Die soziale Bewegung“ am Sonntag, dem 20. Oktober, 19 1/2 Uhr. Beginn der Bildungstour:

Vortrag: „Die soziale Bewegung“ am Sonntag, dem 20. Oktober, 19 1/2 Uhr. Beginn der Bildungstour:

### Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“:  
 ... (detailed list of meetings and events)

### Der „Vorwärts“ ist das Blatt der Kopf- und Handarbeiter! Abonniert den „Vorwärts“!

Ich abonniere den „Vorwärts“ (und die Abendausgabe für Berlin „Der Abend“) mit den illustrierten Beilagen „Volk und Zeit“ und „Kinderfreund“, sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Frauentimme“, „Technik“, „Wiss. in die Bücherei“ und „JugendVorwärts“ in Groß-Berlin täglich frei ins Haus  
 (Monatlich 3,60 Mk., wöchentlich 85 Pf.)

Name: \_\_\_\_\_  
 Wohnung: \_\_\_\_\_  
 Straße Nr. \_\_\_\_\_  
 vorn Hof - Quergeb. - Seitenl. - Tr. links - rechts  
 bel. \_\_\_\_\_

Ausfüllen und einlösend an den Verlag des „Vorwärts“, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

**Sonntag, 20. Oktober, Mitte 2. Kamerabild. 9 Uhr** Sitzung aller aktiven Kameraden Kungestr. 29. Erörtern: „Die soziale Bewegung ...“  
 ... (detailed agenda for the Sunday evening)

**Reichsarteil Republik. Sonntag, 20. Oktober, Sportsplatz Friedrichsfelde.**  
 ... (detailed agenda for the Sunday afternoon event)

**Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend**  
 ... (weather forecast for Berlin and surroundings)

**„Miß Gernang“**, die deutsche Schönheitskönigin, der die Herzen des Publikums in allen großen Städten Deutschlands zuziegen ...  
 ... (advertisement for a play)

Viele Herren erfüllen sich erst und kaufen dann den Wintermantel, Gerade die Herbstmoden sind mit ...  
 ... (advertisement for winter clothing)

# Funkwinkel.

Dr. Schmitz spricht über eine Reise durch Spanien und Marokko. Er macht sich, trotzdem er Ergebnisse einer Filmreise vorbringt, von dem visuellen Eindruck völlig frei. Architekturen, Bildwerke und alles, was nur durch das Auge aufgenommen werden kann, dienen dazu, einen Rahmen für die Psyche des Volkes zu geben. Schmitz bemüht sich, einen lebendigen Eindruck von dem Land zu vermitteln, ein Bemühen, das ihm gelingt. Gut ist das „Verwandte Instrumente“, das Vorträge der Orgel, des Harmoniums und des Bandonions bringt, teils im Original, teils in der Wiedergabe auf Schallplatten. Zum Ausdruck kommt dabei die Verwandtschaft der Instrumente in der Klangfarbe und überhaupt in ihrem ganzen Klangcharakter. Am Abend wird Paul Apels Komödie „Hans Sonnenstüfers Höllefahrt“ als Sende- spiel aufgeführt, einstudiert mit Heinz Salfner der große Erfolg eines Berliner Theaterwinters. Es ist ein Spiel, in dem der Student der Philosophie Hans Sonnenstüfer, seine Künste und Studien träumt, in dem Traum und Wirklichkeit sich ineinander schieben. Vielleicht erscheint heute manches in diesem reizenden Spiel veraltet; denn die Typen sind in den letzten Jahren andere geworden. Es ist vieles aus einer literarischen Perspektive gesehen, die uns heute fast erstickt. Was jetzt noch gefällt, ist der Witz, mit dem Spiel die Dinge durcheinander rührt. Allerdings fehlt bei der Sendung das Bühnenbild, das größte Aussehen der Traumgestalten. Trotzdem eine wirkungsvolle Aufführung dank der Regie Apels, der die Stimmen sehr schattiert, die Pointen sehr fein herausgearbeitet. Käthe Haack, Mithel und Florath sind die Darsteller.  
 F. S.

# Was sagt der Bär?



**Der echte Berliner liebt die Kürze. Er spricht von seinem „ZOO“- und jeder ist sofort im Bilde. So kurz und bündig fordert auch der Raucher seine Marke als:**

# JUNO

Berlins meistgerauchte 4/8 Cigarette



## Siemens kontra AEG.

### Kampf auf dem Rücken der Arbeiterschaft.

Wir haben in den letzten Tagen mehrfach im „Vorwärts“ auf den scharfen Zusammenstoß zwischen Herrn von Siemens und der AEG. Verwaltung hingewiesen. Es ist kein alltägliches Schauspiel, daß die prominenten Herren der Großkonzerne in aller Deffektivität ihre schmutzige Wäsche waschen. Es müssen schon besondere Gründe vorliegen, wenn Herr von Siemens sich plötzlich bemüht fühlt, die AEG., die vor wenigen Monaten 30 Mill. ihres Aktienkapitals, also etwa 15 Proz. dem amerikanischen Elektrokonzern General Electric Company abgegeben hat, anzurempeln.

Die AEG. hat ja in ihrer Antwort bereits durchblicken lassen, daß Herr von Siemens offenbar deswegen so verschupst ist, weil er mit seinen Plänen, ein großes deutsches Schwachstrommonopol aufzurichten, Pannne erlitten hat. Von anderen Stellen wieder verkauft, daß der Siemens-Konzern sich schon längere Zeit mit dem Plan getragen hätte, durch Verschmelzung mit der AEG. einen riesigen deutschen Elektrokonzern aufzubauen, und daß diese Pläne jetzt durch das Eindringen amerikanischen Kapitals bei der AEG. ins Wasser gefallen sei.

Natürlich deutet Herr von Siemens bei den Angriffen auf die AEG. die wahren Hintergründe seiner Unzufriedenheit nicht auf. Er spielt den „nationalen“ Mann, dem die „Ueberstrebung“ der deutschen Wirtschaft keine Ruhe läßt. Er wird da sogar poetisch. Er vergleicht sich mit einem Kapitän, der sich unter größten Schwierigkeiten bemüht, sein Schiff mit eigener Mannschaft durch den Sturm der Zeiten zu steuern, während die anderen sozusagen fahnenflüchtig werden und fremde Linsen an Bord nehmen.

Hinter diesem poetischen Vergleich schaut aber der geschäftliche Pferdefuß hervor. So werden die öffentlichen Stellen angerufen, denen die Aufgabe und Verantwortung auferlegt sei, für

die Aufrechterhaltung der deutschen Wirtschaft zu sorgen. Mit diesen Stellen sind natürlich die großen öffentlichen Unternehmungen, in erster Linie die Reichspost und Reichsbahn, gemeint, die jährlich hohe Millionenausträge an die Schwachstromindustrie vergeben. Ein besonderer Appell an die Reichsbahn erscheint allerdings höchst überflüssig. Schließlich ist Herr von Siemens Präsident des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn.

Seit Jahr und Tag haben die Arbeiter und Angestellten bei Siemens zu hören bekommen, daß sie zu teuer arbeiteten und daß man auf Heller und Pfennig kalkulieren müsse, um nur einigermaßen konkurrenzfähig zu bleiben. Auch hat es Herr von Siemens nicht unterlassen, wieder und wieder in der Deffektivität über die ungeheure „Belastung“ und „mangelnde Kapitalbildung“ der deutschen Industrie zu jammern. Wenn er jetzt in dem Konflikt mit der AEG. betont, daß es dem Siemens-Konzern bei den bevorstehenden Kämpfen in der Elektrowirtschaft gelingen wird, seinen bisherigen Charakter zu wahren, so heißt das auf deutsch, daß der Siemens-Konzern in den letzten vier Jahren aus seinen Konjunkturgewinnen sich derartige Fettpolster hat anlegen können, daß er auch den schärfsten Konkurrenzkampf nicht zu fürchten braucht. Herr von Siemens verschweigt natürlich, daß die ganze Last der bevorstehenden Kämpfe auf dem Elektroweltmarkt wiederum der Belegschaft in Form eines verschärften AntreiberSystems und noch rücksichtsloseren Ausbeutung der Arbeitskraft aufgebürdet wird.

Will die Arbeiterschaft nicht das Opfer im Kampfe des Elektrokonzerns sein, so muß sie den Einfluß der Sozialdemokratie härten und durch lückenlosen gewerkschaftlichen Zusammenschluß allen Willkürakten des Kapitals entgegenzutreten können.

## Die Reeder kriechen zu Kreuz!

### Eine nichtsagende Kompromißresolution.

Genf, 17. Oktober. (Eigenbericht.)

Eine Konferenz der Regierungsvorsteher und der Arbeiter auf der Seeschiffahrtstagung nahm am Donnerstag den Vermittlungsvorschlag mit 54 Stimmen der Regierungsvorsteher gegen 19 Stimmen der Arbeiter an. Ein Teil der Arbeiter fehlte. Die Kommissionsberatungen konnten danach unter Teilnahme der Arbeitgeber fortgesetzt werden. Sie mußten sich jedoch damit abfinden, ihre Meinung zu den schon behandelten Punkten schriftlich einzureichen.

In der Arbeitslosen-Kommission betonte der Vorsitzende der Arbeitgebergruppe, daß er es für unmöglich halte, die Arbeitszeit an Bord international festzusetzen. Die Arbeitgebergruppe werde einen Minderheitsbericht ausarbeiten. Im übrigen jelteten sich die Arbeitgeber sehr zurückhaltend. Als wahrer Grund der brutalen Aktion der Unternehmer zeigt sich immer mehr die Angst vor dem Zustandekommen des Arbeitslosenentwurfes.

Die Reeder haben sich nunmehr bereiterklärt, zur Seeschiffahrtstagung zurückzukehren, weil ihnen von den Regierungsvorstehern eine nichtsagende Entschließung angeboten wurde, die die Reeder in der vorigen Woche abgelehnt hatten und in der die Konferenz den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts bittet, alle geeigneten Mittel zu ergreifen, um den Schwierigkeiten, wie sie sich bei dieser Seemannskonferenz gezeigt haben, künftig vorzubeugen.

Die unerschämte Forderung, wonach die Unternehmer bei der Auswahl der Arbeiterdelegierten mitzubestimmen hätten, ist gebührend zurückgewiesen worden. Wenn die Reeder jetzt als die Blamierten zur Konferenz zurückkehren, so wohl aus der Erwägung heraus, daß die Beschlüsse der Konferenz ohne Mitwirkung der Reeder nur günstiger für die Seeleute sein können als bei Fortdauer des Unternehmerstreiks, der vor allem die Entbehrlichkeit der Unternehmer aufgezeigt hat.

## Bilanz der Abwehr.

### Die Novelle zur Arbeitslosenversicherung.

Zuschüsse des Reichs oder Beitragserhöhung — das ist noch immer die Frage. Als die Reichsregierung den Vorschlag machte, die Beitragsfrage erst zusammen mit der großen Finanzreform zu lösen, mußte sie sich darüber klar sein, daß ein solcher Beschluß für das Reich die Uebernahme einer finanziellen Verantwortung bedeutet. Auf diesen Umstand hat nicht umsonst vor kurzem die „Gewerkschafts-Zeitung“, das Organ des ADGB., mit besonderem Nachdruck hingewiesen.

Die Finanzfrage der Reichsanstalt steht also noch offen. Anders liegt es bei dem sozialpolitischen Problem. Der sozialpolitische Teil der Versicherungsreform muß als abgeschlossen gelten. Für die freien Gewerkschaften ist er abgeschlossen, und nur aus diesem Grunde konnte von ihnen auf die sofortige Beitragserhöhung verzichtet werden. Die Andeutungen in der bürgerlichen Presse, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen die Möglichkeit bestehe, bei Neuanschwellen der Arbeitslosigkeit die Wartezeit zu verlängern und die Unterstützungsdauer zu kürzen, sind höchst unangebracht. Wer sich die Finger verbrennen will, der mag eine neue Debatte über die Arbeitslosenversicherung heraufbeschwören.

## Die Finanzlage der Reichsanstalt.

### Günstiger als bei der Reform angenommen.

Von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wird mitgeteilt:

Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung beschäftigte sich bereits am 17. d. M. mit dem neuen Gesetz zur Reform der Arbeitslosenversicherung und behandelte die ihm durch die Novelle zugewiesenen neuen Aufgaben. So faßte er die erforderlichen Beschlüsse zu den Fragen der beruflichen Arbeitslosigkeit und trat in eine erste Aussprache über die Neuregelung der Versicherung für Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter ein.

In einem zusammenfassenden Bericht stellte Dr. Syrup die wichtigsten neuen Bestimmungen dar, die der Verwaltung eine Handhabe zur wirksamen Bekämpfung mißbräuchlicher In-

anspruchnahme der Versicherung geben. Anknüpfend an die Darlegung der durch die Novelle geschaffenen Ersparnisse gab der Präsident ein Bild der finanziellen Lage der Reichsanstalt. Danach werden sich Einnahmen und Ausgaben etwa bis Anfang November die Waage halten. Der in den Sommermonaten angesammete Restposten von nur 28 Millionen Mark dürfte voraussichtlich bis Mitte Dezember ausreichen. Das Beitragsaufkommen hat sich günstiger entwickelt, als seinerzeit bei der Vorbereitung des geltenden Gesetzes angenommen wurde, so daß die Reichsanstalt künftig etwa 850 000 Hauptunterstützungsempfänger im Jahresdurchschnitt aus eigenen Einnahmen tragen kann. Doch hat sich infolge der sehr ungünstigen Monate April und Mai die Durchschnittszahl für die letzten 6 Monate bereits auf 928 000 Hauptunterstützungsempfänger erhöht. Angesichts der vielen unübersichtlichen Faktoren, insbesondere der Witterung, der allgemeinen Konjunktur und des Kapitalmarktes ist eine einigermaßen sichere Voraussage über die Belastung der Arbeitslosenversicherung im kommenden Winter kaum möglich. Immerhin muß wohl mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß eine Ziffer von mindestens 1,65, wahrscheinlich aber von 1,8 Millionen unterstützungsberechtigter Arbeitsloser im Durchschnitt der Wintermonate erreicht werden wird. Der Betrag von 68 Millionen Mark, der im Reichshaushalt für Darlehen an die Reichsanstalt noch zur Verfügung steht, wird daher bei weitem nicht ausreichen; vielmehr muß damit gerechnet werden, daß das erforderliche Darlehen bis zur Größenordnung von 200 bis 250 Millionen Mark ansteigen kann.

Wenn die Reichsanstalt bereits jetzt durchschnittlich für 850 000 Hauptunterstützungsempfänger aus eigenen Mitteln die Ausgaben zu decken in der Lage ist, wird sich in den nächsten Jahren kaum eine Inanspruchnahme des Reichs notwendig machen. Der diesjährige Mehrbedarf ist in der Hauptsache zurückzuführen auf die Auswirkungen der Wintertatastrophe.

## Kommunisten 1 Prozent.

### 77,8 Prozent der Eisenbahner für den Einheitsverband.

Die Bedeutungslosigkeit der Kommunisten bei den Eisenbahnern ergibt sich schlagend aus dem jetzt vom Einheitsverband festgestellten örtlichen Ergebnis der Betriebsratswahlen. Danach haben die Kommunisten von insgesamt 17 878 örtlichen Mandaten 180 Mandate, d. h. ein Prozent der Gesamtzahl erhalten. Der Einheitsverband konnte seine Mandatsziffer trotz maßloser kommunistischer Hege und den gehässigen Verleumdungen seiner übrigen Gegner von 12879 im Vorjahre auf 12 913 örtliche Mandate erhöhen. Der Anteil des Einheitsverbandes an der Gesamtzahl der Mandate beträgt 77,8 Prozent, während die christlichen Gewerkschaften 2569 Mandate gleich 14,3 Prozent und der Hirsch-Dunckerische Verband 723 Mandate gleich 4 Prozent erhalten haben. Der Rest verteilt sich auf sonstige Gruppen und Unorganisierte, auf diese entfallen 302 Mandate, das heißt 2 Prozent. Doppelt bemerkenswert ist, daß die Zahl der unorganisierten Betriebsräte in den Bezirken am höchsten ist, wo die kommunistische Hegearbeit seit dem vorigen Jahre am schimmsten betrieben wurde. Der Einheitsverband hat seine Wählerfolge der entlassenen und zielbewußten Interessenvertretung der Eisenbahner zu verdanken.

## Reform des Versicherungsgewerbes.

### Stellung der Versicherungsangestellten.

Der Zentralverband der Angestellten hatte die im Versicherungsgewerbe tätigen Angestellten zu einer Tagung nach Ebersfeld geladen, um zu den Forderungen im Versicherungsgewerbe Stellung zu nehmen. Der Leiter der Reichsgruppe Privatversicherung, Genosse Erwin Brille, Berlin, behandelte das Thema in gründlicher Weise. 2,3 Milliarden Mark Prämieinnahmen haben jetzt die privaten Versicherungen im Deutschen Reich. Nicht alle Unternehmer handeln als Treuhänder des ihnen von den Versicherten anvertrauten Geldes. Aber die Versicherungsangestellten fühlen sich als diese Treuhänder.

Die Demokratisierung der Verwaltung im Versicherungsgewerbe ist unbedingt notwendig. Trotz des gewaltigen Aufschwungs der privaten Versicherung in Deutschland hat die Klasse der Versicherten keinen Einfluß gewonnen. Das Gewerbe wird ausschließlich von den Großaktionären aus Banken und Industriekreisen beherrscht. Die Konzentration im Versicherungsgewerbe ist ebenso stark vorgeschritten wie in anderen Industrie-, Handels- und Gewerbebranchen mit hochkapitalistischer Organisation. Die An-

**Qualitätsschuhe aus unseren eigenen Fabriken**

**Mercedes**

**1250** schon zu

in Lack, braun, Boxcalb, feinf. Kalbleder, kombiniert usw.

In Berlin eigene Verkaufsstellen an allen Hauptverkehrspunkten

gestellten sind dadurch schwer betroffen worden. Die Frankfurter Vorgänge und andere sind ein Beweis dafür, daß das Versicherungsgewerbe sich bei der Anlegung der Gelder auf abwegige Gebiete begeben hat. Banken, bankähnliche oder sonstige Unternehmungen, wie Abfahrfinanzierung, Kreditvermittlungsunternehmungen, Auskunftsstellen und dergleichen, gehören nicht zum Aufgabengebiet des Versicherungsgewerbes.

Weite Kreise fordern jetzt ein geschicktes Eingreifen. Das größte Interesse daran haben die Versicherungsangestellten. Der DVL hat als Berufsgewerkschaft dieser Angestellten bereits die notwendigen Schritte eingeleitet. Im Vordergrund einer gesetzgeberischen Reform muß in erster Linie die Garantie für die Versicherer stehen. Schließlich muß die Forderung verwirklicht werden, daß bei Fusionen und ähnlichen Vorgängen die Existenz der Versicherungsangestellten ausreichend gesichert wird. Daneben ist zu fordern, daß die Rückversicherung und andere noch unbeaufsichtigte Versicherungszweige unter die Reichsaufsicht gestellt werden. Das Betreiben versicherungsfremder Geschäfte muß den Gesellschaften verboten sein.

Auch auf klare und einwandfreie Versicherungsbedingungen und -tarife ist hinzuwirken. Der Versicherungsbeitrag im Reichsaufsichtsausschuß muß so zusammengesetzt werden, daß die Versicherten und Angestellten zur Geltung kommen. Eine ständige Revisionsstelle im Reichsaufsichtsausschuß, die die Aufgaben nach § 65 WVG. laufend übernimmt, muß geschaffen werden.

In einer Denkschrift werden die freien Gewerkschaften zu dem gesamten Fragenkomplex demnächst öffentlich Stellung nehmen. Die Aktion gilt den Interessen der Millionen der Versicherten. Die Versicherungsangestellten haben die Pflicht, sich geschlossen zu den Forderungen zu bekennen.

Der Vortag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, die den gewerkschaftlichen Forderungen zustimmt.

### Gewerkschaften und kommunistische Partei. Die Klust vertieft sich.

Der Verband der Lithographen und Steindrucker hatte zu Dienstagabend nach dem „Deutschen Hof“ eine allgemeine Mitgliederversammlung einberufen, in der der Bürgermeister, Genosse Reimann, zunächst ein Referat über die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen hielt. Genosse Reimann forderte zum Schluß seines Referats die Mitglieder dieser Organisation auf, am 17. November der Sozialdemokratischen Partei ihre Stimmen zu geben. Der einzige Kommunist, der in der Diskussion für seine Partei Propaganda machte, fand in der Versammlung kein Echo. Mit erdrückender Mehrheit stimmte die Versammlung den Ausführungen Reimanns zu.

Die Versammlung beschäftigte sich dann mit der angeblichen „Vermittlung von Streikbrechern“ durch den Angestellten der Organisation, Genossen Sabina. Die kommunistische Presse hatte mehrmals die Behauptung aufgestellt, daß Genosse Sabina keine Stellung als Verbandsangestellter in Anspruch und für die Baugenossenschaft „Ideal“ in Brügge Arbeitsträfte als Rohrlagerhelfer vermittelt habe.

Sabina ist Vorsitzender des Aufsichtsrats dieser Baugenossenschaft. Als die Riederkirchner-Bereinigung dazu überging, auch diesen durch Arbeitergrößen aufgebauten Betrieb in ihren wilden Streik einzubeziehen, setzte sich Sabina im Auftrag des Aufsichtsrats der Baugenossenschaft „Ideal“ mit dem Metallarbeiterverband, dem Baugewerksbund und der Hamag in Verbindung, damit diese freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter zur Fortführung der stillgelegten Rohrlagerarbeiten entsenden sollten. Die Baugenossenschaft „Ideal“ mußte auf die Weiterführung der Rohrlagerarbeiten dringen, weil sie gegenüber ihren Mitgliedern die Verpflichtung eingegangen war, die Wohnungen bis zum 1. bzw. 15. Dezember fertigzustellen. Da die für die Neubauwohnungen vorgemerkten Genossenschaftsmitglieder ihre Altmwohnungen bereits zu diesem Termin getündigt hatten, mußte die Baugenossenschaft sich darum bemühen, mit Hilfe der freien Gewerkschaften die begonnenen Rohrlagerarbeiten beenden zu lassen. Die Versammlung zeigte auch für das Verhalten des Genossen Sabina das vollste Verständnis.

Im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit erklärte der Vorsitzende, Genosse Hoffmann, daß sich jedes Verbandsmitglied, das für den kommunistischen Reichskongreß der sogenannten Gewerkschaftsopposition in irgendeiner Weise Propaganda macht oder sich etwa zu diesem Kongreß delegieren läßt, automatisch außerhalb der Organisation stellt. Diese Erklärung wurde von der überwältigenden Mehrheit der Versammlung mit stürmischem Beifall begrüßt.

### Arbeitszwang in den Saargruben. Bei Verweigerung Unterfügungsentzug.

Saarbrücken, 17. Oktober.

Die Direktion des Innern der Regierungskommission hat dem Oberbürgermeister mitgeteilt:

Die Regierungskommission hat beschlossen, daß diejenigen arbeitslosen saarländischen Bergarbeiter des Grenzbezirks, die die ihnen angebotene Arbeitsgelegenheit in den französischen Gruben verweigern, der Arbeitslosenunterfügung verlustig gehen.

### Berliner Gewerkschaftsschule.

Heute, Freitag, beginnen folgende Kurse im Leibniz-Gymnasium, Nationalenplatz 30, 1. Was muß der Betriebsrat und der Gewerkschaftsfunktionär vom Betrieb und von der Wirtschaft wissen? Lehrer: Richard Schulz. Beginn: 19 Uhr. — 2. II. Nationalökonomisches Seminar. Volkswirtschaftliche Ausprägungen und Lehren, insbesondere über das Lohnproblem. Leitung: Dr. Paul Rost. Beginn: 19 Uhr. — 3. In den Räumen der Gewerkschaftsschule. Gewerkschaftslehre, Angelufer 24-26. Gew. 10. Praktische arbeitsrechtliche Lehren für Fortgeschrittene. Lehrer: Ministerialrat Joachim. Beginn 19 Uhr.

### Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin.

Heute, Freitag, 19.4. Uhr, tagen die Gruppen: Nord-Westberliner: Beginn des Kurses „Sozialpsychologie“, im Konferenzsaal der Schule Giesendamm Str. 2 (Rote Schule). — Charlottenburger: Jugendheim Giesendamm, 30. Karl-Liebknecht-Abend. — Appellplatz: Jugendheim des Bezirksamts Wedding, Kurier Gde. Seestraße (Alte Kurier Straße). — Berliner Gde. und Wedding. — Hermannplatz: Jugendheim Giesendamm, 11. Gde. Dönhofsstraße. Vortrag: „Das Verhältnis der Jugend zu den Gewerkschaften“. — Eichen, Südwest: Gruppenheim Wasserwerk, 9. u. 10. Vortrag: „Wozu man steht“. — Baumgartenweg: Jugendheim Baumgartenweg, Giesendamm, 14. Unterhaltungsabend. — Wedding: Jugendheim Gde. Kurier Straße. Musikalische Konzerte. — Köpenick: Jugendheim Sonnenburger Straße 30. Holmann unternimmt mit uns Streifzüge durch die Dialektliteratur der deutschen Sprache.

### Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Freitag, findet folgende Veranstaltung statt: Südwest: Saugabbeim Fördere, 11. (Raum 5, 2. Hof, Quartierstraße 1 Treppen). Referent: Hermann Holmann und seine Werke.

### Musikaufträge

überlegt man sich dem Wunsch des Deutschen Musikerverbandes, Berlin, Romanbantenstr. 63/64. Telefon 3277-78. Besichtigung 9-5. Sonntags 10-2 Uhr. Auf Wunsch: Bestenverzeichnis.



Ein  
besonderes  
Angebot!

### 3 Spezialserien

unübertroffen in Stoff,  
Form, Auswahl und Preis

Nr. 111  
Ulster aus vorzüglichem, reinwollenem Cheviot, moderne graublau Farben, Überkaro

M. 98.-

Nr. 222  
Moderner Ulster aus feinem weichen Velours, reine Wolle, hochmod. blaumelierte Farbtöne

M. 125.-

Nr. 333  
Hocheleganter Ulster dunkelmarrone, aus allerbestem, reinwollenem Velours

M. 145.-

Vorrätig in mehr als 40 verschiedenen Größen / Ausgestellt in Fenster 24/25

## PEEK & CLOPPENBURG

BERLIN, GERTRAUDENSTRASSE 25-27



